

NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Verkehrsausschusses

vom:	06.02.2001
von:	16.00 Uhr
bis:	18.33 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Verkehrsausschuss:

Stv Dreisbach, Jürgen - als Vorsitzender
AM Doppler, Christian
Stv Gerlach, Heinrich
AM Hahn, Harald
AM Heimann, Lothar
Stv Heupel, Rüdiger
AM Nickel, Volker
AM Reincke, Thomas
Stv Siebel, Helmut
Stv Sonntag, Hartmut
AM Stein, Manfred - für Stv Elter, Uwe
AM Vogler, Alfred
Stv Zips, Joachim

II. Beratende Mitglieder:

AM Al-Omary, Falk - bis 17.00 Uhr
AM Beewen, Carl
AM Bettermann, Gerhard
AM Diehl, Hans-Dieter - für AM Jung, Paul-Gerhard
AM Scholz, Rainer

III. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Dr. Stottmeister

III. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Städt. VR Sondermann
Dipl.-Ing. Rohr

Dipl.-Ing. Wagener
Dipl.-Ing. Kminkowski
StAR Erner
StAR Munker - als Schriftführerin

Nicht anwesend war:

Stv Elter, Uwe

Zur Tagesordnung:

Die Ausschussmitglieder sind mit der Erweiterung des öffentlichen Teils um die Punkte 4.4, 9 und 10 einverstanden.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (F.D.P.)

Da Herr Al-Omary die Sitzung vorzeitig verlassen muss wird Herr Hahn (CDU) zur Mitunterzeichnung bestimmt.

10. VerKA 06.02.2001

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.09.2000

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

10. VerKA 06.02.2001

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

10. VerKA 06.02.2001

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Fußgängerüberweg über die B 54 im Bereich der Rijnsburger - / Geisweider Straße

Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2000

Herr Sondermann führt aus, dass die Anlegung eines Zebrastreifens nach den be-stehenden Richtlinien nicht möglich ist. In Betracht käme eine bedarfsgesteuerte Lichtsignalanlage, wobei dann eine Unterbrechung der grünen Welle in Kauf genommen werden müsste. Die Maßnahme wäre mit Kosten von rd. 50 TDM ver-bunden.

Die CDU-Fraktion vertritt die Auffassung, so Herr Hahn, dass eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht ist und die Entwicklung des Fußgängerverkehrs nach Abschluss der Baumaßnahmen am Marktplatz abgewartet werden sollte.

Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion:

Der in verschiedenen Ausschüssen besprochene Fußgängerüberweg über die B 54 im Bereich der Rijnsburger -/ Geisweider Straße wird kurzfristig realisiert. Die Ver-waltung trägt in den nächsten Wochen den Fachausschüssen die Planung vor und leitet die erforderlichen Schritte zur Realisierung ein.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (Ja-Stimmen SPD, GRÜNE)

10. VerkA 06.02.2001

4.2 Verkehrliche Maßnahmen im Bereich des Zentralen Omnibusbahnhofes (ZOB) in Siegen

Antrag der CDU-Fraktion vom 04.12.2000

Herr Sondermann nimmt zunächst zu den einzelnen Punkten wie folgt Stellung:

- Die Anregung der VWS, die Fußgängerzone aufzugeben und die Geschwindigkeit auf 20 km/h zu begrenzen wird seitens der Verwaltung und der Polizei nach Abwägung aller Gesichtspunkte aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht befürwortet.
- Im Rat am 16.06.1999 und im Verkehrsausschuss am 28.06.1999 wurde ein ähnlich lautender Antrag der SPD-Fraktion behandelt. Nach Auffassung der Verwaltung hat sich seither die Situation nicht geändert. Die Anlegung von Kurzzeitpark-

plätzen würde zusätzliche Fahrzeuge in den Bereich des Busbahnhofes führen und den Fußgängerverkehr beeinträchtigen. Darüber hinaus ist eine Nutzungsbeschränkung nur für Bahnkunden nicht zu überwachen.

- Die Zulassung von Lieferverkehr der Fußgängerzone ist geregelt, Ausnahmen werden nach Prüfung zugelassen.

Herr Hahn schließt sich der Auffassung an, dass dem Busverkehr kein Vorrang eingeräumt werden sollte. Die Parkplatzsituation für DB-Kunden ist jedoch nach wie vor unbefriedigend. Insbesondere für ältere und bewegungsingeschränkte Personen sind die vorhandenen Parkplätze von den Bahnanlagen zu weit entfernt.

Herr Siebel hält fest, dass die seinerzeit erwartete schnelle Realisierung der Fußgänger Verbindung zum Bereich hinter dem Bahnhof zurückgestellt werden musste. Angesichts dieser Tatsache und der nicht zufriedenstellenden Parkplatzsituation hält er eine andere Regelung für erforderlich.

Herr Bettermann gibt zu bedenken, dass bei der Anlegung von Parkplätzen auf dem ZOB Parksuchverkehr zu befürchten ist, der die Abwicklung des ÖPNV beeinträchtigt und das Unfallrisiko für Fußgänger erhöht. Auch die Reduzierung der Taxi-Halteplätze ist bei dem ohnehin knappen Platzangebot kritisch zu überdenken.

Herr Beewen hält fest, dass aufgrund der Unfallhäufigkeit nach Auffassung der Unfallkommission in Abstimmung mit der Bezirksregierung die Verkehrsbelastung nicht mit der Widmung des Platzes als Fußgängerzone konform geht. Grundsätzlich kann er die Anlegung von Kurzzeitparkplätzen befürworten, bittet jedoch, den Standort nach genauer Betrachtung der Situation vor Ort durch die Arbeitskommission festzulegen. Die Anfahrt sollte seines Erachtens ausschließlich über die Berliner Straße erfolgen.

Herr Reincke sieht das Parkplatzproblem für die DB-Kunden weniger in der Entfernung zu den Bahnanlagen, sondern vielmehr in der knappen Anzahl der Plätze. Er hält es für sinnvoll, den Antrag bis zur Entscheidung über die Realisierung des Bus-dispositionssystems zurückzustellen, da dann ggf. eine neue Situation entsteht. Ein Problem sind weiterhin fehlende Abstellanlagen für Fahrräder.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion:

1. Der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) bleibt Fußgängerzone. Überlegungen, dem ÖPNV in dem ausgewiesenen Fahrbereich Vorrang einzuräumen, wird nicht gefolgt.
2. Unmittelbar vor dem Haupteingang des Bahnhofes werden 5 Kurzzeit-Stellplätze in Schrägaufstellung im Pflasterbereich für DB-Kunden eingerichtet. Die entsprechende Beschilderung ist ausschließlich für Bahnkunden auszulegen. Eine gezielte Überwachung muss sichergestellt sein.

3. Die jetzt ausgewiesenen Taxiplätze werden um die durch die Einrichtung der 5 Kurzzeit-Stellplätze notwendige Anzahl (voraussichtlich 2) reduziert.
4. Die Zu- und Abfahrt zu diesen neu einzurichtenden 5 Kurzzeit-Stellplätzen erfolgt ausschließlich über die Hindenburgstraße oder die Hufeisenbrücke. Eine Erreichbarkeit über Koch's Ecke kommend soll wie bisher nicht möglich sein.
5. Der Anlieferverkehr wird wie bisher nur durch Sondererlaubnis geregelt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen SPD, GRÜNE)

10. VerKA 06.02.2001

4.3 Fußgängerüberweg B 62 Siegen-Eiserfeld Ampelanlage vor der Esso-Tankstelle / Eiserfelder Straße

Antrag der UWG-Fraktion vom 03.01.2001

Herr Hahn unterstützt aus Gründen der Schulwegsicherung den Antrag und schlägt vor, eine Testphase mit einer mobilen Anlage vorzusehen.

Herr Zips wendet ein, dass die Arbeitskommission das Für und Wider der Standorte umfassend diskutiert und abgewogen hat. Daher sollte der jetzige Standort beibehalten werden.

Herr Beewen macht deutlich, dass die Signalanlage neben der Fußgängersicherung auch den Einfahrtverkehr von den Privatgrundstücken in die Hauptstraße regelt. Da bei einer Verlegung des Standortes Fußgängerunfälle zu befürchten sind, kann die Polizei den Antrag nicht befürworten.

Herr Dreisbach hält fest, dass die Signalanlage primär zum Schutz der Schulkinder installiert wurde. Der Standort wird von diesen jedoch nicht angenommen.

Abstimmung über den Antrag der UWG-Fraktion:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen spricht sich dafür aus, den Standort der Fußgängerampel vor dem endgültigen Einbau noch einmal zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen SPD, GRÜNE)

10. VerKA 06.02.2001

4.4 Parkregelungen im Bereich Winchenbach/Leimbachstraße/ Corvinusstraße

Antrag der CDU-Fraktion vom 12.01.2001

Herr Sondermann berichtet, dass Halteverbote ausgeschildert wurden. Eine Parkregelung für Anwohner sowie eine Anregung der Polizei auf Ausweisung eines absoluten Halteverbots von der Einmündung Rosterstraße bis zur Einmündung Tillmann-Stolz-Straße werden derzeit überprüft. Eine zusätzliche Regelung in der Corvinusstraße ist nicht erforderlich, da in dem genannten Abschnitt ein gesetzliches Halteverbot besteht. Die Einhaltung der Verbotsschilderungen erfolgt im Rahmen der Überwachung des ruhenden Verkehrs.

◆ ◆ Der Antrag ist mit dem Bericht erledigt.

10. VerkA 06.02.2001

5. Beratung des Verwaltungsentwurfes von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2001 einschließlich des Investitionsprogrammes 2000 - 2004

Der Verkehrsausschuss berät die in seine Zuständigkeit fallenden Ansätze des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes sowie des Investitionsprogrammes.

Im Einzelnen wird zu folgenden Positionen Stellung genommen:

Vermögenshaushalt

HSt. 1.630.9400.2 - Aufstellung von Wartehallen

Bezug nehmend auf den Hinweis von Herrn Vogler, dass Mittel für die Neugestaltung durch den Zweckverband Personennahverkehr zur Verfügung stehen merkt Herr Brune an, dass die Planung in Abstimmung mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein erfolgen soll. Zunächst ist die Grundsatzfrage der Gestaltung der rd. 570 Haltestellen im Stadtgebiet zu entscheiden. Er erwartet dies in einer der nächsten Sitzungen.

HSt. 1.630.9501.7 - Verkehrssignalanlagen

Herr Vogler beantragt, zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten die Mittel um 250 TDM aufzustocken.

Abstimmung:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt, den Haushaltsansatz um 250 TDM zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (Ja-Stimmen SPD),
1 Enthaltung (GRÜNE)

◆ ◆ ◆ Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Haushalts-Kennntnis.

entwurf 2001 zur

10. VerkA 06.02.2001

6. 38. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil Siegen-Mitte
Bebauungsplan Nr. 310 „Seilereiweg / Fludersbach“ im Stadtteil Siegen-Mitte;
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Ergänzung / Erweiterung des Plangebietes des Bebauungsplans
Nr. 310 / Aktualisierung des Aufstellungsbeschlusses vom 19.05.1999
 - Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung
 - Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie die
Abstimmung mit den Nachbargemeinden
 - Beschluss der Planentwürfe und ihre öffentliche Auslegung

Vorlagenr. 887/00 - Vorlage vom 03.01.2001

Herr Brune berichtet, dass auf Grund des Fristablaufs für die Inanspruchnahme von Fördermitteln und die Verschiebung des Sitzungstermins des Verkehrsausschusses der Rat bereits entschieden hat.

◆ ◆ ◆ Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

10. VerkA 06.02.2001

7. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Hüttenstraße in Siegen-Geisweid von der Einmündung
Birlenbacher Straße bis Fröbelstraße

Eingabe des Herrn Uwe Dilling und anderen vom 19.05.2000

Herr Sondermann teilt mit, dass die im Verkehrsausschuss am 28.09.2000 vorge-stellten Maßnahmen probeweise umgesetzt wurden. In der Praxis hat sich die Be-schilderung jedoch nicht bewährt. Daher soll lediglich das Linksabbiegeverbot in der Birlenbacher Straße in die Hüttenstraße beibehalten und der Abschluss der Bau-maßnahme Birlenbacher Straße abgewartet werden.

◆ ◆ ◆ Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen erhebt keine Bedenken.

10. VerkA 06.02.2001

8. **Zusammenkunft der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses
am 26.10.2000**

Vorlagenr. 926/01 - Vorlage vom 22.11.2000

1. **Signalanlage Berliner Straße/Kirchweg
Verkehrsknotenpunkt Koch's Ecke**

Herr Dr. Stottmeister erläutert eingehend anhand einer computergestützten Simu-lation Möglichkeiten zur Optimierung der Signalanlagen und der Verkehrsabläufe.

Als wesentliche Ergebnisse und Empfehlungen hält er folgendes fest:

- Die Lichtsignalanlage Berliner Straße/Kirchweg (Fußgängerquerung) hat bei einer Einbindung in die Schaltung der benachbarten Anlagen keinen negativen Einfluss auf den Verkehrsfluss, vielmehr kann eine Verbesserung erreicht wer-den.
- Der Linksabbiegeverkehr von Koch's Ecke in den Kirchweg wird nur partiell und geringfügig behindert.
- Linksabbiegeverkehr aus Richtung HTS kommend in den Kirchweg ist nicht möglich.
- Am Verkehrsknotenpunkt Koch's Ecke ist eine Verbreiterung der Fahrspuren sowie eine Vergrößerung der Dreiecksinseln zu empfehlen, womit eine zügi-gere Abwicklung des Abbiegeverkehrs ermöglicht wird.
- Als Sofortmaßnahme kann der Rechtsabbiegeverkehr von der Berliner Straße in die Koblenzer Straße zusammen mit dem ÖPNV über die vorhandene der-zeitige Busspur geführt werden, womit eine Verbesserung des Geradeausver-kehrs in die Spandauer Straße bewirkt wird.
- Eine Beschleunigung des Verkehrs in der Koblenzer Straße ist an der Kreu-zung Leimbachstraße stadtauswärts durch gleichzeitige Freigabe aller drei Fahrspuren und eine zeitlich kürzere Linksabbiegephase zu erreichen.
- Bei der Abwicklung des ÖPNV kann dem Schülerverkehr nicht in vollem Um-fang Rechnung getragen werden. In diesem Zusammenhang ist jedoch die Belastungsgrenze der Haltestellen zu bedenken.
- In der Bewertung kann in dem in Rede stehenden Bereich nach dem Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Koch's Ecke und der Änderung der Signalisierung eine Verbesserung der Reisegeschwindigkeit von 25% erreicht werden.

Im Ergebnis schlägt Herr Dr. Stottmeister als kurzfristige Maßnahmen die geänderte Führung des Rechtsabbiegeverkehrs aus der Berliner Straße in die Koblenzer Straße sowie die Anpassung der Signalanlagen und als mittelfristiges Ziel den Umbau des Knotenpunktes Koch's Ecke vor.

Da die Busspur Berliner Straße/Koblenzer Straße unter Inanspruchnahme von Zuschüssen eingerichtet wurde möchte Herr Dreisbach geklärt wissen, ob die vorgeschlagene Umnutzung zuschussunschädlich ist.

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Siebel und Herr Vogler sind überzeugt, dass die Fußgängerampel in Höhe des Kirchweges den Verkehrsfluss weiterhin beeinträchtigen wird.

Auf die Frage von Herrn Nickel zur Einrichtung eines Kreisverkehrs an Koch's Ecke erläutert Herr Dr. Stottmeister, dass aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens von der Leimbachstraße in Richtung HTS und aus der Spandauer Straße in die Leimbachstraße erhebliche Probleme in den Verflechtungsbereichen entstehen und auch der starke Fußgängerverkehr einer solche Regelung nicht zuträglich ist .

- ◆ Der Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.
-

2. Aufhebung des Abbiegeverbotes Koblenzer Straße/Kirchweg aus Richtung Koch's Ecke

- ◆ Der Verkehrsausschuss nimmt Kenntnis.
-

3. Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen auf der Eiserntalstraße zwischen dem Bereich Alter Friedhof und der Esso-Tankstelle

- ◆ Der Verkehrsausschuss stimmt einstimmig dem Vorschlag der Arbeitskommission zu, im Bereich des Alten Friedhofs eine Querungsmöglichkeit zu schaffen und die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu beschränken.
-

4. Ausweisung der Straße „Auf der Kunst“ als verkehrsberuhigten Bereich

- ◆ Der Verkehrsausschuss stimmt einstimmig der Auffassung der Arbeitskommission zu, dass kein Handlungsbedarf besteht.
-

5. Verkehrsberuhigung Bühlstraße; Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches

- ◆ Der Verkehrsausschuss stimmt einstimmig dem Vorschlag zu, im Bereich der vorhandenen Tempo-30-Zone auf einer Länge von 100 m einen verkehrsberuhigten Bereich auszuschildern

Die Anregung gem. § 24 GO NW des Herrn Stefan Böhmer u. a. vom 15.09.2000 ist damit erledigt.

6. 1 Jahr Cinestar

- ◆ Die Information der Verwaltung ist auf Grund des Zeitablaufs erledigt.
-

7. Informationen

- ◆ Der Verkehrsausschuss nimmt Kenntnis.
-

8. Provisorische Wegweisung zum Gewerbegebiet Heidenberg

- ◆ Der Verkehrsausschuss nimmt Kenntnis.
-

9. Parkstreifen vor dem ehemaligen Kaufhaus Kerber

Herr Hahn weist darauf hin, dass in der Arbeitskommission von der Ausweisung einer Anwohnerparkzone keine Rede war. Vielmehr sollte der Bereich schnellstens als Ladezone ausgewiesen und das Parken zugelassen werden. Er bittet, dies entsprechend zu ändern.

- ◆ Der Verkehrsausschuss spricht sich einstimmig dafür aus, schnellstmöglich den Parkstreifen vor dem ehemaligen Kaufhaus Kerber als Ladezone auszuweisen, dort das Parken an Werktagen ab 19.00 Uhr oder 20.00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen zuzulassen sowie den Abschnitt oberhalb „Spruthswende“ als Kurzparkzone mit Parkscheibenregelung vorzusehen.
-

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt den Empfehlungen der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der Stadt Siegen mit der vorstehenden Änderung unter Ziffer 9 zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

10. VerkA 06.02.2001

9. **Bebauungsplan Nr. 247 „Giersberg-Ost“ in Siegen-Bürbach;**
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Abwägung der Bürgerbeteiligung und Beteiligung TÖB
 - Beschluss des Bebauungsplanentwurfes Nr. 247 „Giersberg-Ost“ mit Begründung und dessen öffentliche Auslegung

Vorlagennr. 935/01 und 935/01 A - Vorlagen vom 04.01. und 02.02.2001

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 3 (2) BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" im Stadtteil Siegen-Bürbach und seine öffentliche Auslegung mit Begründung.
2. Über die von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) während der öffentlichen Auslegung (Bürgerbeteiligung) vom 04.09.1995 bis 04.10.1995 vorgebrachten Bedenken und Anregungen und den sonstigen Stellungnahmen wird wie folgt beschlossen:
 - 2.1 Die Anregungen der Ev. Kirche von Westfalen zur Geschossigkeit der Gebäude werden berücksichtigt; die zum Ausbau der Straße "Im Wiesen-garten" werden nicht berücksichtigt.
 - 2.2 Die Anregungen des Forstamtes bezüglich des Holzabfuhrweges werden berücksichtigt.
 - 2.3 Die Anregungen des LSBA Siegen sind überholt (siehe Stellungnahme WSBA).
 - 2.4 Die Bedenken der Anliegerin (Am Mühlenseifen 40) zum ökologischen Gutachten werden zurückgewiesen. Die Anregung zum Bau eines Kreisels wird berücksichtigt.
 - 2.5 Die Anregungen des Anliegers Turnhallenweg 10 zum Turnhallenweg werden nicht berücksichtigt.
 - 2.6 Die Bedenken und Anregungen des Naturschutzbundes Deutschland zu den preiswerten Mietwohnungen für Familien mit Kindern, zu den Obst-wiesen und zur Versiegelung durch Bebauung werden nicht berücksichtigt.
 - 2.7 Die Bedenken des Anliegers Azaleenweg 9 zur Festsetzung des Grund-stücks werden berücksichtigt und die Anregung zur Erweiterung der Aus-gleichsflächen wird nicht berücksichtigt.
 - 2.8 Die Bedenken und Anregungen der Anliegerin Jung-Stilling-Straße 5 werden berücksichtigt.
 - 2.9 Die Bedenken des Anliegers Lützowstraße 8 zur Grundstücksfrage werden nicht berücksichtigt.
 - 2.10 Die Bedenken und Anregungen des Anliegers Flurstück 247, Flur 5, werden nicht berücksichtigt.
 - 2.11 Die Bedenken der Anlieger Siegstraße 65 und Obere Rolandstraße 9 zur Grundstücksfrage werden zurückgewiesen.

3. Über die von den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) in der Zeit vom 17.10.2000 bis 28.11.2000 für den Bereich der Bauleitplanung hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung angegebenen bedeutsamen Planungen und sonstigen Maßnahmen wird wie folgt beschlossen:
- 3.1 Dem Hinweis des Kreises Siegen-Wittgenstein hinsichtlich der Bewertung des Fichten-Forstes wird gefolgt. Dem Hinweis zur Verwendung der Umwandlung des Fichten-Forstes wird nicht gefolgt.
 - 3.2 Den Bedenken der Landwirtschaftskammer wird nicht gefolgt.
 - 3.3 Die Anregung des Staatlichen Umweltamtes auf Sicherstellung von evtl. benötigten Flächen für Versickerung wird berücksichtigt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme GRÜNE),
0 Enthaltungen

10. VerkA 06.02.2001

10. Sitzungstermine 2001
Verkehrsausschuss und Arbeitskommission

Vorlagenr. 927/01 - Vorlage vom 11.01.2001

Beschluss (mit Änderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen legt für das Jahr 2001 folgende Sitzungstermine fest:

Arbeitskommission

Donnerstag, 22.03.2001

Donnerstag, 17.05.2001

Donnerstag, 23.08.2001

Donnerstag, 25.10.2001

Verkehrsausschuss

Donnerstag, 19.04.2001

Donnerstag, 21.06.2001

Donnerstag, 27.09.2001

Montag, 03.12.2001

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

10. VerkA 06.02.2001